

# Auf dem Weg an die Spitze

Von der Forschung hin zum konkreten Produkt – ein Prozess mit Verbesserungspotenzial

An der Zahl angemeldeter Patente gemessen, gehört die Schweiz zu den innovativsten Ländern. Doch bei der Weiterentwicklung der Produkte hapert es. Ein neues medizinisches Kompetenzzentrum soll das ändern.

VALERIE ZASLAWSKI, BERN

«Trinkwasser», heisst es auf den Schildern, welche die meisten der Schweizer Brunnen schmücken. Stolz ist man hierzulande darauf, dass es direkt ab Hahnen bekömmlich ist. Schaut man indes genauer hin, so wird schnell klar: Auch das hiesige Wasser ist verunreinigt, unter anderem durch Medikamente, die über menschliche Ausscheidungen ins Abwasser gelangen. Gewisse Stoffe – Hormone, Substanzen aus Spitälern und Kliniken wie zum Beispiel jodhaltige Röntgenkontrastmittel, Zytostatika oder Radionuklide – können selbst in Kläranlagen nicht abgebaut werden. Dies ist problematisch, weil dadurch Resistenzen gebildet werden können.

## Schwieriger Markteintritt

Water-Less-Closets (WLC), also wasserfreie Toiletten, sollen zur Lösung dieses Problems beitragen. «Der Schlauch, der in der WC-Brille hängt, ist endlos», erklärt Philipp Untersander, Geschäftsführer der CLOsac AG, eines Startups, das zusammen mit der Fachhochschule Nordwestschweiz eine neue Technologie entwickelt hat, um Ausscheidungen umweltschonend und gefahrlos zu entsorgen. Schliesst man den Deckel, wird die Hightech-Folie geschweisst, getrennt und wieder geschweisst. Das Resultat: ein luft- und wasserdichtes «Säckli», gefüllt mit Urin und Kot.

Der Unternehmer Untersander hat es geschafft, sein Produkt erfolgreich zu vermarkten. Neben der Pharmaindustrie, Spitälern und Altersheimen zählen auch die Schweizer Armee, Alpinisten oder Reisebusfirmen zu seinen Kunden. Andere Unternehmer scheinen mehr Mühe zu haben, mit ihren innovativen Produktideen den Markteintritt zu schaffen: Während die Schweiz, gemessen an der Anzahl angemeldeter Patente pro Kopf, seit längerem zu den innovativsten Ländern der Welt zählt, befindet sich unser Land irgendwo im Mittelfeld, wenn es um die konkrete Umsetzung geht. Weshalb?

Die Grundlagenforschung der Schweiz geniesse traditionell ein hohes Ansehen und werde von der öffentlichen



Ende 2018 soll das geplante Zentrum für Translationale Medizin und Unternehmertum betriebsbereit sein.

VISUALISIERUNG BURRO

Hand grosszügig unterstützt, die Bedeutung der translationalen Forschung hingegen – also der Weg von der Forschung zum konkreten Produkt – sei erst vor relativ kurzer Zeit erkannt worden, erklärt Felix Frey, Geschäftsführer der Sitem-Insel AG. Die Abkürzung steht für Swiss Institute for Translational and Entrepreneurial Medicine. Das vom Kanton Bern vor gut zwei Jahren initiierte Kompetenzzentrum soll das Überführen von medizinischen Forschungsergebnissen in die klinische Praxis und in die industrielle Produktion verbessern. Die Sitem-Insel hat ihren Betrieb Anfang Jahr aufgenommen.

## Ein Zentrum, drei Pfeiler

Das Zentrum basiert auf drei Pfeilern: einer Schule, der nötigen Infrastruktur und einem direkten Draht zur Bürokratie, der Hürden abzubauen hilft. Die Schule beginnt im April dieses Jahres mit der Ausbildung von Spezialisten im Translationsmanagement; eine breitgefächerte wissenschaftlich-technisch-klinische Infrastruktur soll die Zusammenarbeit zwischen Industrie, Hochschulmedizin und Grundlagenforschung katalysieren; der administrati-

regulatorische Aufwand im Bereich der Translation soll durch Unterstützungsangebote verkleinert werden. Die drei Bereiche werden in einem neuen Gebäude vereint – mit dem Bau auf dem Areal des Berner Inselspitals ist soeben begonnen worden.

Die Sitem-Insel sei «ein Projekt mit nationaler Ausstrahlung», hat der Berner Volkswirtschaftsdirektor Christoph Ammann (sp.) an der Pressekonferenz zur Lancierung des Projekts erklärt. So habe es der Bund als Forschungszentrum «von höchster nationaler Bedeutung» eingestuft und zusammen mit dem Kanton Bern für die Startphase insgesamt 50 Millionen Franken Betriebsbeiträge zur Verfügung gestellt. Es sei «ein wichtiger Leuchtturm» und «ein zentraler Meilenstein zur Realisierung der Vision eines starken Medizinstandorts Bern und der ganzen Schweiz». Die Sitem-Insel wird andere Institutionen zur Innovationsförderung wie beispielsweise das Wyss Translational Center an der ETH Zürich oder den Innocampus in Biel ergänzen.

Eine wichtige Rolle kommt auch der Wirtschaft zu: Der Kanton Bern erwarte von der Sitem-Insel eine enge Zusammenarbeit mit der Wirtschaft, welche sich in der Trägerschaft des Zentrums,

der Schule, aber auch als Nutzerin der angebotenen Leistungen engagieren müsse, betonte der Regierungsrat. Das Unispital Insel arbeite bereits heute eng mit der Privatwirtschaft zusammen.

## «Richtig und wichtig»

Untersander kennt die Schwierigkeiten der translationalen Medizin aus eigener Erfahrung und findet die Initiative von Bund und Kanton Bern «richtig und wichtig». Netzwerke, wie es sie im Silicon Valley gibt oder wie sie am Berner Forschungszentrum aufgebaut werden können, seien die Voraussetzung für einen erfolgreichen Markteintritt. Als grösste Probleme hierzulande nennt auch Untersander die oftmals konservative Geldbeschaffung, die Zertifizierungen oder die bürokratischen Anforderungen. Zudem sei es schwierig, Kunden zu finden, welche das Produkt testeten. Gerade im medizinischen Bereich. Man müsse die Modelle ausprobieren, das Produkt praxisbezogen abstimmen: Sein erster Prototyp sei ein ungestümes Möbel gewesen, heute handle es sich um eine kleine, fahrbare Toilette. – Die Zeiten des bewährten Nachtopfes dürften also bald vorbei sein.

## Energiegesetz wird für die FDP zur Zerreihsprobe

Kantonpräsidenten empfehlen mit 14 zu 13 Stimmen knapp ein Ja

HELMUT STALDER

Die FDP tut sich schwer mit ihrer Positionierung zum Energiegesetz. Im Parlament sprachen sich die Freisinnigen klar dafür aus. Die kantonalen Parteipräsidentinnen und -präsidenten empfehlen den Delegierten zwar auch ein Ja zum ersten Massnahmenpaket der Energiestrategie 2050. Der Beschluss fiel jedoch denkbar knapp mit 14 zu 13 Stimmen ohne Enthaltung. Damit ist weiter in der Schweiz, ob die Delegiertenversammlung am 4. März für die Abstimmung über das Energiegesetz am 21. Mai die Ja-Parole beschliesst.

Ausschlaggebend für die Mehrheit der Kantonalpräsidenten sei gewesen, dass mit einem Ja zum Energiegesetz ein klares Zeichen für den Fortschritt und für die Zukunft der Energiepolitik der Schweiz gesetzt werde, teilte die Partei mit. Die Vorlage sei gegenüber der Fassung des Bundesrates verbessert worden. Besonders die Befristung der Kostendeckenden Einspeisevergütung sei ein grosser Erfolg. Damit erhalte das seit 2008 geltende Subventionsmodell ein Ablaufdatum, und die wirkliche Systemveränderung hin zu einem marktwirtschaftlichen Modell könne bald in Angriff genommen werden. Die von bürgerlicher Seite eingebrachte so genannte Sunset-Klausel führt dazu, dass ab 2023 keine neuen Einspeisevergütungen und 2031 auch keine einmaligen Anschubhilfen mehr gewährt werden.

Die Minderheit der freisinnigen Kantonalpräsidenten argumentierte damit, die Energiestrategie 2050 bringe wegen höherer Abgaben zusätzliche Kosten für Haushalte und Gewerbe. Zudem sinke die Versorgungssicherheit und verschlechtere sich die CO<sub>2</sub>-Bilanz der Schweiz, weil vermehrt Strom importiert werden müsse.

Im Parlament unterstützte die FDP das Energiegesetz klar; im Nationalrat mit 17 zu 13, im Ständerat mit 10 zu 1 Stimmen. Drei FDP-Nationalräte, nämlich Doris Fiala (Zürich), Bruno Pezzatti (Zug) und Benoit Geneccand (Genf), sowie die frühere Zürcher FDP-Staatsrätin Vreni Spoorer, schlossen sich jedoch dem Referendumskomitee der SVP an, die das Energiegesetz bekämpft. Umgekehrt engagieren sich auch im Befürworter-Komitee mit Ruedi Noser (Zürich), Isabelle Moret (Waadt) und Peter Schilliger (Luzern) drei Freisinnige. Und FDP-Nationalrat Hans-Ulrich Bigler präsidiert den gewichtigen Schweizerischen Gewerbeverband, der als erster und grösster Dachverband ebenfalls die Ja-Parole beschloss.

 <b>Ernst Stocker</b> Regierungsrat, Finanzdirektor Kanton Zürich	 <b>Carmen Walker Späh</b> Regierungsrätin, Volkswirtschaftsdirektorin, Kanton Zürich	 <b>Michael Künzle</b> Stadtpräsident Winterthur
 <b>Ruedi Noser</b> Ständerat Kanton Zürich	 <b>Cla Famos</b> Finanzvorsteher Uster	 <b>Filippo Leutenegger</b> Stadtrat Zürich

## Die beste Lösung für Zürich.

» Die Steuerprivilegien müssen abgeschafft werden. Dies führt im Kanton Zürich zu Mindereinnahmen. Mit einem JA zur USR III werden Arbeitsplätze und Steuereinnahmen gesichert und die Zürcher Wirtschaft gestärkt. Eine Ablehnung würde Zürich teurer zu stehen kommen. Deshalb sagen wir überzeugt JA. »

Zürcher Komitee «Steuerreform JA», Stauffacherstrasse 16, 8002 Zürich

Jetzt abstimmen

Steuerreform Ja

12. Februar 2017  
www.steuerreform-zh.ch